

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 129 vom 16.06.2014

**„Wartburger Erklärung“ der wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen
Dierk Homeyer/ Frank Bommert: Die Belastungsfähigkeit unserer brandenburgischen Wirtschaft darf nicht getestet werden**

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in Deutschland haben heute die ‚Wartburger Erklärung‘ verabschiedet. Die wirtschaftspolitischen Sprecher haben Sonntag und Montag auf der Thüringer Wartburg und im Opelwerk Eisenach getagt.

Dierk Homeyer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, betont zu dem Beschluss:

„Die Belastungsfähigkeit unserer Wirtschaft darf nicht getestet werden. Wir erwarten vielmehr, dass jetzt auch Kernforderungen der Union in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker zur Geltung kommen. Im Vordergrund stehen für uns der Abbau der kalten Progression und eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Energiewende. Der gesetzliche Mindestlohn darf unsere Wirtschaft nicht überfordern, deswegen benötigen wir Ausnahmen, so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht.“

Frank Bommert, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, betont zudem die Bedeutung des Handwerks in Deutschland:

„Handwerker, Familienbetriebe und Mittelständler müssen im Land besser unterstützt werden. Bis zum Jahr 2018 stehen in Deutschland 135.000 Betriebsübergaben mit zwei Millionen Beschäftigten an. Vor diesem Hintergrund fordern wir dazu auf, stärker die Nachfolgeproblematik ins Auge zu fassen. Es braucht besondere Anreize, die einem potenziellen Nachfolger die Perspektive eröffnen, einen Betrieb zu übernehmen.“

Die ‚Wartburger Erklärung‘ finden Sie im Anhang.